

Fraktionen gegen Rat-Verkleinerung

Von Sandra Bischoff

STUHR ■ Die Forderung des Steuerzahlerbundes, die Kommunalparlamente ab der kommenden Wahlperiode zu verkleinern, stößt bei den Stuhler Fraktionsvorsitzenden auf Kritik. Es gebe keine Veranlassung, die Zahl von 39 Ratsmitgliedern in Stuhr zu reduzieren.

Der Steuerzahlerbund hatte seine Forderung damit begründet, dass es besonders in ländlichen Regionen zunehmend Probleme gebe, genügend Kommunalpolitiker zu rekrutieren. Zudem könnten die Gemeinden Geld sparen, weil weniger Aufwandsentschädigungen zu zahlen seien (wir berichteten).

Er könne sich keinen kleineren Rat vorstellen, sagt der CDU-Fraktionschef Frank Schröder. „Es gibt genug Arbeit für uns zum Wohl der Gemeinde und ich wüsste nicht, wie wir die mit weniger Abgeordneten schaffen sollten.“ Schließlich seien viele Fraktionsmitglieder berufstätig. „Wer soll die Mehrarbeit dann noch leisten?“, fragt Schröder. Interessierte für ein Amt zu gewinnen, sei nicht immer einfach, „aber ich sehe es als Aufgabe der Parteien an, die Leute zu überzeugen, sich politisch zu engagieren“. Derzeit bildet die CDU mit 16 Sitzen die stärkste Fraktion im Stuhler Gemeinderat.

Susanne Cohrs, Chefin der SPD im Stuhler Rat, sieht das genauso. „Ich bin entsetzt über die Forderung. Wenn es ums Sparen geht, sollte man lieber an anderer Stelle ansetzen, nämlich bei den Berufspolitikern auf Bundesebene.“ Es

sei in der Fläche sicherlich schwieriger, Abgeordnete zu finden, in Stuhr sei es relativ unproblematisch.

„Solch eine Idee trifft vor allem die kleineren Fraktionen wie unsere, die dadurch schnell aus dem Parlament fliegen können“, sagt Gerd-W. Bode vom Verein „Besser Bürger engagieren sich“. Seine Fraktion ist nur zwei Mann stark. Laut Bode ist die Argumentation des Steuerzahlerbundes unsinnig: „Es kann nicht sein, dass man vorschlägt, die Parlamente zu verkleinern, weil es nicht genügend Ehrenamtliche gibt. Man muss etwas tun, damit sich mehr Leute politisch einbringen“, betont er.

Es könne nicht sein, die Stellen, an denen Bürger beteiligt seien zu reduzieren, sagt Chef der FDP-Fraktion Jürgen Timm. „Das ist völlig ausgeschlossen, denn dann reduzieren wir auch die Bürgerbeteiligung, und das kann nicht das Ziel der Politik sein.“ Ein Kommunalparlament lebe von der Kompetenz und Vielfalt vieler Menschen.

„Sicherlich könnten wir theoretisch kleiner, aber Demokratie kostet nun mal Geld, und so teuer sind Kommunalpolitiker nicht“, erklärt die Grünen-Chefin Kristine Helmerichs. Allerdings dürfe man die Arbeitsbelastung des Einzelnen nicht unterschätzen. „Unsere Fraktion besteht aus sechs Leuten und wir stoßen an unsere Grenzen, denn wir sind alle auch berufstätig und haben Familien.“ Bei einer Verkleinerung des Parlaments würden kleinere Fraktionen und dadurch auch Meinungen verschwinden, glaubt Helmerichs.